

Lieferando kündigt mehr als 1.000 Mitarbeitende - Was passiert jetzt?

Die EU-Richtlinie verbessert die Arbeitsbedingungen für Plattformarbeiter:innen. Österreich muss jetzt Scheinselbstständigkeit bekämpfen.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Im Schatten politischer Debatten und wirtschaftlicher Turbulenzen steht Lieferando vor einer entscheidenden Wende: Bis Ende Juli 2025 werden rund 1.000 Arbeitnehmer:innen gekündigt, wie derStandard berichtet. Diese radikale Maßnahme betrifft vor allem die Essenzusteller:innen, die bislang als einzige in ordentlichen Anstellungsverhältnissen angestellt waren. Während die Gewerkschaft vida auf den Schutz dieser Beschäftigten pocht, fordern zahlreiche Stimmen eine zügige Gesetzesänderung, um die Rechte von Plattformarbeitern im Land zu sichern. Denn auch Österreich muss sich den Herausforderungen der Plattformökonomie stellen, in der sich international agierende Tech-Riesen immer mehr privaterem

Risiko und unsicheren Arbeitsbedingungen bedienen.

EU-Richtlinien und der Kampf gegen Ausbeutung

Parallel zu den Entwicklungen bei Lieferando hat die EU vor kurzem eine neue Richtlinie verabschiedet, die darauf abzielt, die Arbeitsbedingungen von Plattformarbeitern zu verbessern. Diese gesetzliche Ansage, die am 24. April 2024 finalisiert wurde, stellt eine wichtige Neuerung dar. Insbesondere soll die gesetzliche Vermutung eines Arbeitsverhältnisses eingeführt werden. Hierbei muss eine Plattform nachweisen, dass es sich nicht um unselbstständige Beschäftigung handelt, um den Schutz der Arbeitnehmer:innen zu gewährleisten, so wird informiert auf awblog.at. Doch trotz dieser Fortschritte bleibt auf nationaler Ebene viel zu tun, um die Rechte von Plattformarbeitern in Österreich tatsächlich zu sichern und die Schlupflöcher für Unternehmen zu schließen, die Verantwortung scheuen.

Das Beispiel der Lieferando-Mitarbeiter:innen verdeutlicht, wie prekär die Situation für viele Beschäftigte in der Plattformwirtschaft ist. Nach Aussagen von vida werden durch die hohen Kündigungszahlen zahlreiche Menschen ohne soziale Absicherung zurückgelassen. In einem Markt, in dem international agierende Konzerne zunehmend die Überhand gewinnen und Werkverträge vorziehen, sind die Arbeitnehmer:innen, oft aus prekären Verhältnissen, schutzlos ausgeliefert. Politische Entscheidungsträger müssen nun dringend Maßnahmen ergreifen, um die Arbeitnehmer:innen zu schützen und die Standards zu verbessern, bevor die Situation in der Plattformarbeit weiter eskaliert.

Details	
Vorfall	Stellenabbau
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich

Details	
Quellen	• www.ots.at • www.awblog.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at